

# WIRTSCHAFTS

## Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Montag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 14.50 RM. Durch die Post monatlich 14.50 RM. ohne Postgebühren. Verlag u. Geschäftsstelle: Verbandsbüro 14, Jernitz 1947. Geschäftszeit 7-9 Uhr. Schriftleitung: Jernitz 1013. Sprechzeit 12-1 Uhr. Der Abzugspreis beträgt 130 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 400 Pf. für Retame, anschließend an den dreispaltigen Zeitteil. Anzeigen sind vorzugsweise 9 Uhr erbeten, spätere tags vorher. - Postfachkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 70 Pf.

Sonnabend, den 4. März 1922

2. Jahrgang, Nr. 54

### Ein neuer Vorstoß der bayerischen Reaktionsäre

#### Erweiterung der Regierungscoalition in Bayern

Die bürgerliche Presse meldet aus München: Die Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition in Bayern sind, soweit die bürgerlichen Reaktionsführer in Frage kommen, abgeschlossen. Es ist überdies vom Reaktionsvorstand der Bayerischen Volkspartei durch die entworfenen Richtlinien eine Einigung erzielt worden. Im neuen Koalitionsprogramm sind auch die Fragen der Staatspräsidentenschaft und die Schaffung einer zweiten Kammer angeordnet. Die Bayerische Volkspartei dürfte für den Zustimmungsposten, der ihr zufällt, eine Tagespersönlichkeit ohne jegliche politische Belastung benennen.

Die Bayerische Mittelpartei, die bayerische Filiale der Deutschnationalen, ist nach dem Sturz Kahr aus der Regierungskoalition ausgetreten. Durch die geplante Koalitions-erweiterung soll die alte Kahr-Koalition und das Regime Kahr wieder hergestellt werden. Das neue Regierungsprogramm zeigt, daß die bayerische Gegenrevolution wiederum zu einem mächtigen Vorstoß ausbricht. Die Schaffung des Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer sind offen reaktionäre Maßnahmen. Die bayerische Gegenrevolution hat eine ganze Zeitlang sehr ruhig verhalten. Wenn sie jetzt wieder vorgeht, so deshalb, weil sie durch den gelagerten Kurs der deutschen Politik wieder festen Boden unter den Füßen fühlt. Der Angriff der bayerischen Reaktion ist der Vorstoß der Dinge, die in ganz Deutschland kommen sollen. Es ist vor allem Aufgabe der sozialistischen Landesregierung, dafür zu sorgen, daß das reaktionäre Bayern ein entgegengesetztes Gegenstück im Reich findet. Dem Stützpunkt der Reaktion müssen feste Stützpunkte des Proletariats entgegengesetzt werden.

### Faschistenangriff auf Fiume

EP. Mailand, 3. März.

Die Faschisten von Fiume, die infolge der Einrichtung einer besonderen Polizei unter dem Regierungspräsidenten Janella zum Angriff vorgegangen sind, haben den Regierungspalast eine Stunde lang bombardiert, bevor die von Janella zu Hilfe gerufene italienische Staatspolizei eingreifen konnte. Mehrere umliegende Häuser wurden beschädigt, während der Regierungspalast den Angreifern widerstand. Man befürchtet weitere ernste Anzügen.

Aus Ancona wird gemeldet, daß der Gouverneur von Fiume, Richard Janella, sich nach einem selbständigen heftigen Kampfe heute mittag ergeben mußte und sich in der Gefangenschaft der Faschisten befindet.

Die nach dem Vertrag von Rapallo abgeschlossenen Deklarationen von vornherein, daß sie bei der ersten Gelegenheit widerrufen würden, Fiume dem Reich einzuverleihen. Immer wieder kam es zu neuen Anzügen in der strittigen Gegend. Der jetzige Angriff wird zwar formell nur von den faschistischen Terrorherden geführt. Tatsächlich aber steht das Klasseninteresse der italienischen Bourgeoisie dahinter. Das italienische Kapital braucht, sowohl um die Wirtschaftskrisis zu überwinden und eine Ausbeule zu verzeichnen, als auch aus strategischen Gründen den Besitz der Adriatischen. Dem ist das Interesse des jugoslawischen Staates sofort entgegengesetzt.

Das neue Abenteuer der italienischen Diktatur muß die Spannung zwischen beiden Ländern erneut verschärfen.

### Lebebour verunglückt

Berlin, 3. März. (WZ). Der 72jährige Abgeordnete Lebebour wurde heute abend von einem Kadabraer umgehauen und erlitt einen offenen Unterschenkelbruch. Er wurde ins Krankenhaus überführt. Der Unfall des Gen. Lebebour ist nicht nur menschlich, sondern auch politisch insofern zu bedauern, weil Lebebour trotz aller Schwächen und Hoffnungen immerhin innerhalb der USPD einen Kampf gegen den rechten Flügel und das völlige Hinabgleiten der Partei ins rechtssozialistische Lager führte. Wir wünschen dem alten Kämpfer baldige Genesung.

### Der Zulasohn für den deutschen Blutband

Der „L.“ bringt eine Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Madrid, wonach der Senatsauschuß 550 000 RM. für den deutschen Faschisten beitrage, der die beiden einseitigen Führer des französischen Ministerpräsidenten festgenommen hat. Wir nehmen an, daß der selbste Herr (es war eine Willon Weletas versprochen worden) für die Herren Sewering und Kadabra vorbehalten bleibt und demnach als reaktionärer Ehrenlohn durch einen besonderen Kurier an die ehrenwerten sozialdemokratischen Führer und Minister ausgehändigt werden wird.

### Angestelltenstreik in Leipzig

Leipzig, 4. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem die Arbeitgeber den Streikbruch absehnten, sind heute die kaufmännischen Angestellten im Großhandel vollständig in den Streik getreten. Sie veranstalteten einen Demonstrationstanz nach dem Rathaus.

## Unerhörter Steuerbetrug!

### Ausplünderung der Massen, aber Prämien für die Besitzenden — Die Stinnespartei fordert sich in der Regierung — Die Arbeiter sollen den Achtstundentag opfern

Der „Kampf“ um das Steuerkompromiß entpuppt sich, je länger er dauert, immer mehr als ein großes Theater, das die SPD-Führer aufzuführen, um die Konzeptionen vor den rebellisch gewordenen SPD-Arbeitern zu veröffentlichen, die sie nur allzu bereit sind, Stinnes zu gewähren. Der Dirigierher bei der ganzen Schieberlei ist jetzt der provisorische Finanzminister Dr. Hermès, der als Mittelsmann der SPD und Vertrauensmann der Stinnespartei in der Regierung die Fäden zieht.

Hermès hat jetzt einen Brief an den Reichsfinanzminister Wirth geschrieben, in dem er ersucht, eine endgültige Regelung der Belegung des Reichsfinanz- und des Reichsverwaltungsmaterialiums zu treffen. Was damit gemeint ist, ist geltend gemacht worden durch die Antwort, die Erbe Bernheim im Steuerauspruch auf seine Frage an die Deutsche Volkspartei von dem volksparteilichen Abg. B. Eder (Heuß) erhalten hat, ob die Stinnespartei noch an dem Steuerkompromiß festhalten wolle. Eder erklärte, daß er darauf keine nähere Auskunft zu geben brauche, da sich alles aus seiner letzten Reichstagsrede ergebe. Das heißt, wie das „Berliner Tageblatt“ ganz richtig sagt: Die Stinnespartei hält daran fest, wenn ihr gewisse persönliche und laienliche Garantien gegeben werden. Der Brief Hermès an Wirth ist darum als die Aufforderung zu betrachten, die noch freigehaltenen Ministerportefeuilles an Stinnesleute zu vergeben und so die verlangten persönlichen Garantien zu erfüllen. Wirth seinerseits ist dazu auch schon bereit, denn wie heute morgen im „B.L.“ mitgeteilt wird, soll die Entscheidung über die definitive Belegung der beiden Ministerposten erfolgen, wenn die schwedischen Steuerunterlagen zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Diefen „gewissen Abschluß“ hat Hermès gleichfalls schon nahezu zurechtgehoben, wie aus nachfolgendem Bericht des Wollfischen Bureaus hervorgeht:

Serlin, 4. März. Im Anschluß an die getrigte Kabinetsitzung hat eine Besprechung des Reichsfinanz- und des Reichsministers Dr. Hermès mit den Führern der Koalitionsparteien stattgefunden. Der Kanzler wies auf die unbedingte Notwendigkeit hin, die Lösung der Steuerfragen zu beschleunigen und die Vorlage schon in den nächsten Tagen vor dem Plenum des Reichstages zu bringen. Die Vertreter der Parteien stimmten dieser Auffassung des Reichsfinanzministers bei. Es wurde der Gedanke erörtert, zunächst die Plenaritzungen des Reichstages ausfallen zu lassen damit die Steueransprüche in Daueritzungen die Vorbereitungen beenden können. Die Vorlagen könnten dann Ende der Woche vor das Plenum gelangen. Es wurde dann weiter die Veranlagung und Erhebung der Zwangsanleihe erörtert. Dr. Hermès machte einen Vorschlag, der eine Art Selbstbeschneidung der Veranlagungspflichtigen vorließe. Auf Grund dieser Selbstbeschneidung sollen Voraussetzungen auf die Zwangsanleihe erfolgen. Um für die Voraussetzungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgelesen. Für spätere Einzahlungen sind gewisse Zuschüsse geplant. Die endgültigen Einzahlungen sollen auf Grund der Vermögenssteueranforderung nach dem Stand vom 31. Dezember 1922 festgesetzt werden. Dabei sich ergebende zu niedrige Selbstbeschneidungen könnten berichtigt und bestraft werden. Die Parteien haben diesen Vermittlungsvorschlag zur Kenntnis genommen und werden ihn ihren Fraktionen vorlegen.

Damach ist es klar, was gespielt wird. In Daueritzungen sollen die Steuerantragsspläne auf die konsumierenden Massen durdgepreit und unter Dach und Fach gebracht werden. Den Kapitalisten aber werden für die „Gold“anleihe, die sie dem Staate in Papier geben die Garantie geben, daß sie nicht entwertet und später auch noch verzinst wird, obendrein noch eine Prämie dafür, daß sie sich von der Steuer drücken!

Nachdem die Sache in der Frage der „Zwangsanleihe“ so weit gediehen, kann es gar keinem Zweifel mehr unterliegen, was bei den Verhandlungen herauskommen wird, die in den nächsten Tagen zwischen den Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei beginnen werden. Wenn der „Vorwärts“ heute morgen erklärt, daß die SPD, an dem Steuerkompromiß festhalte und zur Durchführung entschlossen bleibe, wenn es auch die Bürgerlichen blieben, so geschieht das nur, um den ausgetretenen und ausgeplünderten Arbeitern durch den unter der geschäftigen Regie des Oberbefehlsherrn Hermès aufgeführten Theaterdonner vorzutäuschen, als ob sie am Ende des Theaters durch ihre Vertreibung der Zwangsanleihe wer weiß was für die Arbeiterschaft „gerettet“ hätten. In Wirklichkeit wird aber die SPD, bei den nächsten Verhandlungen mit der Volkspartei weiter Position um Position an Stinnes abtreten. Stinnes hat mit den ihn schon halb und

halb zugelangten „persönlichen Garantien“, die er durch einige Ministerportefeuilles erhält, bereits auch die verlangten „sachlichen Garantien“, als welche er ein „Arbeitsgesetz“ und das Eisenbahngesetz in Aussicht gebracht.

Die „Tägliche Rundschau“, ein der Stinnespartei sehr nahe stehendes Blatt, erhebt schon jetzt die Forderungen der Bourgeoisie für einzuschlagende Innenpolitik. Es schreibt:

„Das nächste Opfer des Besesses (Die „Zwangsanleihe“). Die Red.) ist also da. Es bleibt nun aber das entsprechende Gegenopfer der Arbeiterschaft! Eine Erhöhung der Einkommensteuererträge ist völlig ausgeschlossen. Mit der fortschreitenden Geldentwertung werden die unteren Steuerarten sogar noch weiter abgeschwächt werden müssen. Aber auch die Arbeiterschaft muß jetzt angeht die ungeheuerlichen Forderungen Deutschlands, die immer näher an die Katastrophe herandrängen, ein höheres Opfer bringen. Die Verteilung des Achtstundentages, wenigstens eine vorübergehende, würde, wenn sie aus nicht unter Wirtschaftlichen bedehnen könnte, so doch durch Produktivitätssteigerung und Produktivitätssteigerung mitwirken. Das Bürgergut muß jetzt angeht das Opfer des Besesses auch das Opfer der Arbeiterschaft fordern. Allenfalls regt sich im Bürgergut diese Erkenntnis. Millionen dieser Art von politischem und wirtschaftlichem Charakter können keine besonderen Ausnahmestellen finden alle bürgerlichen Parteien diesmal in der Forderung des höchsten Abbaues des Achtstundentages einig.“

Sie haben wir es also, um was es in Wirklichkeit geht. Kommt das Zwangsanleihe-Kompromiß bei den Verhandlungen mit der Volkspartei zustande — daß das geschieht, darüber kann gar kein Zweifel mehr bestehen —, dann kann auch das Steuergeld der „Vorwärts“ nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD-Führer nicht nur nichts für die Arbeiter gerettet, sondern daß sie das letzte Glied der Kette gelähmt haben, um das Proletariat völlig wehrlos zu machen!

Dieser Tatsache muß das Proletariat jetzt fest und entschlossen ins Auge schauen. Das Zentralorgan der USPD, „Freiheit“, stellt immer noch Betrachtungen darüber an, wie man die Zwangsanleihe eventuell so gestalten könne, daß die Arbeiterschaft nicht belaste. Das sind entweder milde Sozialpalastereien oder Betrug. Die Arbeiterschaft zu vertören. Was bisher vorliegt, muß jedem zeigen, daß das ganze Steuerkompromiß mit dem Zwangsanleihe in jeder Form eine unenträgliches Laß für die Arbeiterschaft darstellt. Es kann jetzt nur eine Lösung geben. Alle Kräfte müssen zusammengeführt werden, um den schändlichen Plan der rechtssozialistischen Führer und des Faschistischer-Ministers Hermès zu verhindern!

### Ein billiger Erfolg

Der „Vorwärts“ vergleicht unter großer Ueberschrift „Der agrarische Vorstoß abgelehnt“ als großen Erfolg der Sozialdemokratie die Tatsache, daß die von den Rechtsparteien geforderte Befreiung der landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umfassung abgelehnt worden ist. Es ist ein billiger Erfolg und ein Scheinertolg, denn selbst die Deutsche Volkspartei hat gegen diesen Antrag gestimmt.

### Die gleitende Lohnskala für die Beamtengehälter

Im Beamtenauschuss des Reichstages berichtigte heute der Abgeordnete Morath (SPD), über die Sache des Interessenausgleichs, der zur Klärung der Frage einer automatischen Anpassung des Beamtenentkommens an den Geldwert eingeleitet war. Der Interessenausgleich empfahl einstimmig die Einführung einer gleitenden Gehaltskala zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt. Nach längerer Aussprache beschloß der Ausschuss, zunächst Erklärungen darüber auszufragen, wie sich die Fraktionen zu einer Einführung einer gleitenden Gehaltskala für Beamte stellen. Darauf verteten Abg. Bauermann für die Deutsche Volkspartei und Abgeordneter Schmidt für die Demokratische Partei die Auffassung, daß die automatische Anpassung des Beamtenentkommens an den Geldwert eine Notwendigkeit liege. Dagegen lehnte Abgeordneter Stinnes (SPD) eine gleitende Skala für Beamte allein ab. Die Unabhängigen beschließen ihre Stellungnahme vor.

Dieser Meldung zufolge herrschte im Interessenausgleich Einmigkeit über die Einführung der gleitenden Lohnskala für die Beamten, während der Beamtenauschuss sich darüber nicht schlüssig werden konnte und erst nach weiteren Anfragen und Erhebungen endgültige Beschlüsse fassen, d. h. auf gut deutsch die dringende Empfehlung der Fraktionen, die sich in der Sache nicht vereinigen will. Aber davon abgesehen, würde die Einführung der gleitenden Lohnskala eine weitere Freisetzung der Beamten und eine dauernde Festlegung der jetzigen Hungergehälter bedeuten.



# Politische Nachrichten

## Das fortgesetzte Steigen der Indizes

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes in Lubwitsch ist im vergangenen Monat die Indizeszahl auf 2504 gestiegen. Das bedeutet gegenüber der Januarzahl eine Steigerung von 14,9 Prozent.

## Die Belagungsbehörde gegen die Dregels

Düsseldorf, 4. März. Nach beständiger Verhandlung sollte gestern Abend das französische Kriegsgericht über die Dregels gegen die 21 Landeswehr, die angeklagt waren, der Brigade Gumbert h. m. der Organisation „Gomul“ angehört zu haben. Die beiden Führer, Gumbert und Kopsch, wurden zu drei bzw. 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Von den übrigen Angeklagten erhielten zehn 1 Jahr Gefängnis, sieben 18 Monate Gefängnis. Zwei wurden freigesprochen.

## Verdientes Loh

Die „Deutsche Zeitung“ äußert die Aufforderungen, die der Hamburger Sozialdemokrat Franz Kaufmänn in der „Neuen Zeit“ und Widigung Seine in den „Sozialistischen Monatsheften“ über das Streikrecht gemacht haben, Aufforderungen, die in einer Ablehnung des Streikbegriffes bestehen.

## Der Peter in der Fremde

Berlin, 4. März. (Eigene Drohrede.) Der Genosse Emil Eichgrün trat in einem Briefe an die „Rote Fahne“ mit, daß er gar nicht daran denke, in die USA. einzuwandern, denn Tendenz heute kommunistischer sei denn je.

# Ausland

## Das ungarische Wahlrecht — nur für die Aussteuerler!

Zuapest, 3. März. Nach der gestern veröffentlichten Regierungsverordnung über das Wahlrecht für die nächste Nationalversammlung sind Männer, die ihr 24. Lebensjahr erreicht haben, seit zehn Jahren ungarische Staatsbürger, seit zwei Jahren in einer Gemeinde wohnhaft sind und nicht biennetralisten abstimmt haben, ferner Frauen über 30 Jahre, die sechs Elementarjahre absolviert haben wahlberechtigt. Das passive Wahlrecht besitzen alle Wähler im Alter von über 30 Jahren. In Budapest wird nach dem Prinzip der proportionalen Wahlkreise in den Städten mit Wahlbezirk ebenfalls gelten, in der Provinz offen abgestimmt.

## Die Straßenbahnfahrer für 100 Kronen

Wien, 3. März. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung Wiens hat beschlossen, den Fahrpreis auf der Straßenbahn auf 65 bzw. 100 Kronen für eine Fahrt zu erhöhen. Der sozialistische Magistrat Wiens verurteilt die Ausplünderung der armen Bevölkerung zum Tod, wie der sozialistische Magistrat Berlins. Auch in Berlin ist in kürzlicher Zeit für eine Straßenbahnfahrt mit Hilfe der SPD und USPD auf 2 Mark heraufgeschraubt worden.

## Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich

Wien, 3. März. Der Ministerrat, der sich eingehend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt, hat zur Verbesserung der Lage des Arbeitsmarktes alle Notwendigen zu beauftragen, die im Landesverdienst vorgeschriebenen öffentlichen Arbeiten und Vorkursen befristung in Angriff nehmen zu lassen. Eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung erachtet der Minister für unmöglich.

## Großer Lohnkampf in der schiffischen Industrie

Paris, 3. März. (Tel.) Der Verband der Glas-Industriellen hat die Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag abgebrochen. Die Unternehmer beharren auf einschneidenden Reduktionen. Der Verband der Industriellen hat allen Mitgliedern die Weisung erteilt, die bisherigen Vereinbarungen für ungültig zu erklären, und die Arbeiter nur unter der Bedingung einzustellen, daß diese die neuen Bedingungen annehmen. Die Arbeiter haben eine Kontroverbe von 15 bis 25 Prozent voraus, die am 15. März in Kraft treten sollen. Der Industriellen-Verband hat gleichzeitig die Entlohnungen und Unterstützungsbeiträge suspendiert. Der Verband der deutschen schiffischen Glasarbeiter hat beschlossen, morgen um 9 Uhr vorzeitig einen einseitigen Protestbrief in allen Betrieben durchzuführen, die dem Arbeitsverbot abgelehnt haben. Gleichzeitig werden Streik der genannten Gewerkschaftsverbände bei der Regierung intervenieren. Am 8. März findet in Prag eine Reichskonferenz von Vertretern dieser Gewerkschaftsverbände statt, auf der bindende Beschlüsse über das weitere Vorgehen gefaßt werden sollen.

## Französische Reformen erfordern einen kommunistischen Gewerkschafter

Aus Paris wird folgender unerhörter Vorfall gemeldet: In Marseille fand eine Versammlung des Seemanns-Verbandes statt, die von den Vertretern der Gewerkschaftsverbände berufen worden war. Eine Gruppe von Anhängern der Arbeiterdemokratie erließen in der Versammlung, um sie zu führen. Als die Mehrheit der Anwesenden sich diese Erklärungen verweigerte, kam es zu heftigen Szenen, während bei den Reihen der Arbeiterdemokratie ein Revolver schlug, der den kommunistischen Seemann Jula tötete. Der Mörder entkam. Die französischen Gewerkschaftspatzer wenden tatsächlich laubere Methoden an!

# Sowjet-Russland

## Die gegenrevolutionäre Tätigkeit der Partei der Sozialrevolutionäre

Moskau, 1. März. Die politische Abteilung des Volkskommissariats für Inneres macht folgende Mitteilungen über die gegenrevolutionäre terroristische Tätigkeit der Partei der Sozialrevolutionäre: Auf Veranlassung der politischen Abteilung des Volkskommissariats für Inneres ist in der letzten Zeit viel wichtiges und wertvolles Material eingelangt, das die schon lange bekannte Tätigkeit der terroristischen Tätigkeit der Partei der Sozialrevolutionäre während der Jahre des Bürgerkrieges beweist und erhärtet.

In diesen Tagen erschien im Auslande die Broschüre Semjonows (Wassiljew). Semjonow war früher Chef der liegenden Zentraalkomitee der Partei der Sozialrevolutionäre und Leiter der Terrorgruppe, die eine Reihe von Attentaten auf Sowjetführer, im besonders auf Lenin, Trotski, Sinowjew, Wladimir Iljitsch, sowie eine Reihe von Exproprietären organisiert hat. In dieser Broschüre, die unter dem Titel „Mittlere Kampfbericht der Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917-18“ erschienen ist, wird die wahre Rolle der Partei der Sozialrevolutionäre während des Bürgerkrieges und ihre Kampfmethoden gegen die Sowjetmacht enthüllt. Die Aussagen eines der hervorragendsten Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre, Pyjka Konoplowa, erklären die Angaben der Broschüre Semjonows. Angeblich behauptet sie, daß im Zuge der politischen Abteilung des Volkskommissariats für Inneres befindlichen Material ungewissheit die Verbände der Partei der Sozialrevolutionäre gegen die proletarische Revolution benehmen, wurde das Zentralkomitee dieser Partei und eine Reihe ihrer aktiven Mitglieder, dem Obersten Revolutionstribunal übergeben. Die politische Abteilung des Volkskommissariats für Inneres fordert den Bürger

Semjonow (Wassiljew) und alle Sozialrevolutionäre, die an den Attentaten dieser Partei Teil hatten, aber zum Bewußtsein ihrer verbrecherischen gegenrevolutionären Kampfmethoden gekommen sind, auf, zum Gericht über die Partei der Sozialrevolutionäre zu erscheinen.

## Der Arbeitslohn in den Sowjetrepubliken

Moskau, 28. Februar. Aus Kholm wird berichtet, daß dort Arbeiter wegen Nichtbezahlung der Verdienungen über die Arbeit verurteilt worden sind. Die Angeklagten hatten in ihren Betrieben Kadaverfleisch eingekauft, Arbeiter mit Umgehungen der Gesetze für Arbeitslosen aufgenommen usw. Drei der Angeklagten wurden zu je 40 Millionen Rubel Geldstrafe, zwei wurden zu sechs Monaten Zuchthaus, drei zu acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Alle wurden des Rechtes verlustig erklärt, Leiter von Betrieben zu sein, wo Lohnarbeiter beschäftigt werden.

# Aus der Partei

## Bezirksparteitag Olschajen

Die Bezirkskonferenz nahm ein Referat des Genossen Witscher über die politische Lage und parteipolitische Differenzen entgegen. Genosse Witscher lebte in seinem Referat insbesondere die Fragen der Konstituierung Deutschlands durch die Entente und der Bildung eines internationalen Finanzkonkordats für die Ausbeutung Rußlands; zum Schluß betonte er die vollzogene Festigung innerhalb der kommunistischen Partei. Dem Referat über die politische Lage folgte ein Referat des Genossen Renner über die Landespolitik und der Staat. Die Partei sollte die Entscheidung über die Bemittlung des Staats von der politischen Situation jeweilig abhängig wird. Zum Schluß übernahm die Konferenz der Reichszentrale folgenden wichtigen Antrag:

„Die Reichszentrale der KPD, Abteilung Gewerkschaft, wird beauftragt, umgehend eine Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaften einzuberufen. Begründung: Durch die über die einwirkende Massenflucht aus der Gewerkschaften und die Haltung der Anführer der verschiedenen freien Gewerkschaften sind selbst gute KPD-Funktionäre nicht mehr in der Lage, dieser Massenflucht zu steuern. Die Zentrale der KPD, muß deshalb eine konkrete Stellungnahme herausgeben.“

## Der Konflikt

zwischen den beiden Verlagsanstalten Franke Verlag bzw. Viva (Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten) G. m. b. H., Berlin G. 64, Planufer 17 und dem Verlage A. Seefoh u. Co., Berlin G. 64, durch einen Streit herbeigeführt worden. Dieser Streit geht dahin, daß die alten Verlagsverhältnisse, wie sie vor dem 1. November 1921 bestanden haben, wieder hergestellt werden.

Es besteht jedoch der Verlag Viva (Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten) G. m. b. H. (Franke Verlag) Berlin SW. 61, Planufer 17, die sich mit dem Verlage A. Seefoh u. Co., Berlin G. 64, vereinigen wollen.

Sämtliche Angelegenheiten sind getrennt mit den genannten Firmen zu erledigen.

## An unsere kommunalen Fraktionen

Wir bitten um sofortige Mitteilung, in welcher Gemeinde bisher Gewähren, Wahlen, Beiträge usw. nach Einkommen, Vermögen und d. h. durch einen Streit herbeigeführt worden. Die Statistik durchgeführt ist (Schulgeld, Krankengeld, Gaspreis usw.) und besonders zu berücksichtigen. Eventuelle Drucksachen über Statistik mit einbringen an: Kommunalpol. Abt. der Zentrale der KPD, Berlin G. 64, Kolonnenstr. 26.

Anschluß von Fides. Die Zentrale hat das Parteimitglied Fides in Köln aus der Partei ausgeschlossen. Fides hat nachgehende Maßnahmen gegen Bezahlung Mitgliedsbeiträge für eine ausländische Polizeibehörde im besagten Gebiet gefaßt.

# Internationales

## Der Parteitag in Luxemburg

Am 26. Februar 1922 fand in Esch an der Moselle der Parteitag der Kommunistischen Partei Luxemburgs statt. Es waren außer den Mitgliedern des Zentralkomitees 17 Delegierte anwesend. Ausländische Bruderparteien waren vertreten aus Deutschland, Belgien, Frankreich (italienische Section) und Schweden. Der Parteitag wurde von der Zentrale der Partei in der Person des Parteivorsitzenden in Luxemburg überhauert an. Wie die Gewerkschaftsbewegung nach den Märztagen 1921 von 25000 auf 6000 Mitglieder, die Sozialdemokratische Partei Luxemburgs von 3500 auf 900 zurückgegangen ist, so ist zwar kein zahlenmäßiger Rückgang in der Mitgliederbewegung der kommunistischen Partei zu bemerken, wohl aber fehlt es der Organisation an innerem Halt. Die Wahlergebnisse eines großen Teiles der führenden Genossen, besonders der deutschen und italienischen nach den Märztagen, ließ die Bewegung monatelang ohne führende Köpfe. Die neuen Kräfte mußten sich erst organisatorisch bilden, um der Depression der Arbeiterklasse entgegen zu wirken. Der außerordentliche Parteitag wird die kommunistische Genossen in führenden Stellen der Gewerkschaftsbewegung ohne weiteres und gegen den Willen der Gewerkschaftsmitglieder aus den gewerkschaftlichen Organisationen herauswerfen, was die Möglichkeit, für den kommunistischen Gedanken zu wirken, nicht herabzusetzen. In diesem großen Teile der Mitglieder Wirtfrauen gegen die führenden Genossen entzündet.

Der Parteitag hatte sich demgemäß vornehmlich mit organisatorischen Fragen zu beschäftigen. Der Aufbau der Ortsgruppen, die Zusammenfassung der einzelnen Mitglieder, die Neuregelung der Verordnungen, alles das fand zur Debatte. Die Beschlüsse des Parteitages liegen aber in der Linie der Annahmen des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Alle Genossen, auch die aus den Gewerkschaften herausgeworfenen, vertreten mit großer Begeisterung den Standpunkt, wieder in die Gewerkschaften einzutreten und kein Mittel unversucht zu lassen, die noch heute im Niedergang befindliche Gewerkschaftsbewegung unter ihre Führung zu bekommen. Das Sekretariat der Partei wurde nach Esch, im Mittelpunkt des Luxemburger Industriegebietes, verlegt. Das historische Luxemburg gebürt um des großen Minnet-Verden-Verkaufes, in dem rund 150000 Arbeiter beschäftigt werden, und in dem die französische Partei bisher auch wenig Erfolge zu verzeichnen hat. Gewerkschaft wurde herbeigeführt. Das Wirtfrauen „Kampf“ eingehen zu lassen und dafür die in Esch erscheinende „Rosttribüne für Arbeiter“ in Luxemburg als Tagesorgan einzuführen.

Als Sekretär wurde der Genosse Jenson Bernard in Esch gewählt. Nachdem die neue Partei gewählt, von den abgewählten wärtigen Vertreter die intensive Unterführung ihrer Parteien zugewandt hatten, wurde der Parteitag beendigt mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Auch die Augsburger Metallarbeiter gegen die 48-Stunden-Woche

Die Unternehmer der Südb- und Südwürttembergischen Metallindustrie gehen zum geschlossenen Vorstoß gegen die dort bestehende 48-Stunden-Woche über. Die Metallarbeiter von Württemberg, Baden und Elsen haben die Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt. Sie haben erkannt, daß eine Lohnerhöhung auf Kosten verlängerter Arbeitszeit den Unternehmern nur größere

Gewinne zuzulehrt. Die Arbeiter sind nicht gewillt, den tausenden Arbeitslosen die Möglichkeit zu nehmen, Arbeit zu bekommen.

Die Metallindustrie von Augsburg haben jetzt ebenfalls die Verlängerung der Arbeitszeit verlangt.

Die Augsburger Metallarbeiter haben aber dieses Ansuchen mit 10000 gegen 65 Stimmen abgelehnt. Das Beispiel in Württemberg zeigt, daß die Unternehmer mit aller Macht gegen die 48-Stunden-Woche ansetzen. Sie versuchen es auch in Baden. Der Kampf der Metallarbeiter in München ist die Verlängerung der Arbeitszeit in Württemberg und Augsburg muß auf eine einheitliche Basis gestellt werden. Die Leitung des DMB hat jetzt die Möglichkeit, über ein großes Gebiet gleichzeitig die Massen zusammenzuschließen zu einem erfolgreichen Kampfe.

## 4000 Metallarbeiter entlassen

München, 4. März. Zum Metallarbeiterstreik hat die Firma Opel eine Erklärung erteilt, in der sie mitteilt, daß die streikenden Metallarbeiter der Firma Opel, etwa vier-tausend Mann, sich als entlassen betrachten können und ihre Papiere in Empfang nehmen sollten.

## Streik in der Thüringer Glasindustrie

In Thüringen streiken die Arbeiter der Thermometer- und Glasinstrumentenindustrie im Streik. Der Streik wird sich wahrscheinlich auch auf die Glasarbeiter in Jena ausdehnen.

# Wirtschaft

## Folgen der Weltwirtschaftskrise

Schließung der größten Brillenglasfabrik der Welt

DA. Saargemünd, 2. März. Die Direktion der Glasfabrik Göggenbrüder, der größten Brillenglasfabrik der Welt, deren Arbeiter seit dem 18. Januar teils als Streikende, teils als Ausgepörrte ohne Beschäftigung sind, hat ihre Drohung verwirklicht und die Fabrik geschlossen, da die Arbeiter ihrer Forderung, unter Annahme der hundertprozentigen Lohnerhöhung zur Arbeit zurückzukehren, nicht Folge geleistet haben.

## 100 Prozent Dividende

gibt die Rheinische Spiegelglas-Fabrik in Gemp bei Ratingen ihren Aktionären. Nach Abzug von 2,45 (im Vorjahre 1,88) Millionen Mark für Abschreibung und Erneuerung verbleibt ein Nettogewinn von 578 (3,9) Millionen Mark.

Die Hamburger Eis- und Stahlgewerke erzielen im vergangenen Jahre bei einem Umlaufkapital von 8,5 Millionen Mark einen Reingewinn von 6 Millionen Mark. Sie verteilen darum an ihre Aktionäre Gratifikation, auch gegenwärtig ist die Finanzlage sehr günstig. Bei 7 Millionen Mark Umlaufkapital beträgt das Bankguthaben circa 30 000 000 Mark.

## Abrechnung des Zentral-Komitees der „Roten Hilfe“

für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921

Einnahmen	
Von politischen Parteien	RM. 5 428 837,50
Sammlung der KPD	1 447 196,94
Sammlung der KPD	12 212,01
Direkte Eingänge	131 322,45
Warten- und Kartenz-Erlöse	36 618,-
	RM. 7 100 321,15
Ausgaben	
Gau Dr.	RM. 1 647 718,25
Gau Südb.	378 101,03
Gau Südw.	1 999 274,25
Gau Nord	1 003 830,30
Gau Mitte	356 884,54
Krankensunterstützung	2 800,-
Rechtsausw.	360 408,68
Berufungskosten	5 986,57
Reisekosten	537,-
Herstellungskosten	80 004,40
	RM. 7 061 414,32
Rückstellungen	2 122,65
Postenbestand	36 784,18
	RM. 7 100 321,15

Die von der KPD, gesammelten 1 447 196,94 RM. sind von den Parteimitgliedern nach folgender Aufstellung aufgebracht:

1 Berlin-Brandenburg	RM. 308 670,55	Schiffahrt und Warten
2 Gau Ostf.	5 130,-	
3 Hannover, Steinf.	17 198,50	RM. 414,-
4 Ostpreußen, Königsberg	13 846,99	
5 Danzig	9 033,25	
6 Ostpreußen, Breslau	40 634,15	210,-
7 Ostpreußen, Königsberg	5 986,57	
8 Ostpreußen, Dresden	2 810,-	
9 Erzgebirge-Region	205 886,55	2000,-
10 Westfalen, Leipzig	42 034,95	1839,10
11 Halle-Merseburg	207 018,80	14 285,70
12 Magdeburg-Anhalt	7 987,15	
13 Thüringen, Erfurt	8 890,65	144,-
14 Niederelbe, Hannover	16 028,50	
15 Westfalen, Schwelm	4 603,35	
16 Westfalen, Hamm	169 300,61	
17 Westfalen, Bremen	12 000,-	
18 Westfalen, Köln	8 138,-	
19 Westfalen, Köln	11 957,80	
20 Niederelbe, Rendsb.	64 962,90	
21 Mittelrhein, Köln	1 131,15	
22 Heilen-Waldes, Cassel	12 278,05	
23 Heilen, Frankfurt	15 899,65	
24 Westfalen, Hamm	8 393,90	382,-
25 Baden-Württemberg	26 564,35	
26 Württemberg, Stuttgart	52 045,93	500,-
27 Westfalen, Nürnberg	20 106,90	
28 Südbayern, München	9 762,70	
	RM. 1 468 934,74	
abzgl.	19 737,80	RM. 19 737,80
	RM. 1 447 196,94	

Die Richtigkeit der Aufstellung bestätigt: für das Zentral-Komitee: S. Schütz für die Reichskommission: H. Pfeiffer u. A. Günther. Berlin, den 31. Dezember 1921.

## Vom Tage

Dreißig Menschen in schwerer Gefangenschaft. In einem Zuge zwischen Pölla und Böhlow erlitt eine Gewerkschaftsdelegation. Die Reisenden, die zum Teil ohnmächtig wurden, zum Teil erstickt aus dem fahrenden Zuge bringen wollten, kamen in Gefangenschaft, bis endlich durch die geübten Fenster Luft eintraf.

Ein geheimnisvoller Mordfall. Berlin, 4. März. (Verbot-telegramm.) Hier treibt ein geheimnisvoller Mordfall sein brechesches Handwerk. Man ist ihm noch nicht auf die Spur gekommen. In den letzten Wochen sind sieben Frauenleichen aufgefunden worden, die alle die gleichen Merkmale der Mordung tragen.



Halle und Saaltreis

Halle, den 4. März 1922

Raubbau auf den städtischen Gütern

Wohlfahrten in den zu den städtischen Gütern gehörigen Parks
In einer der letzten Stadtsitzungen wurde, als man zu dem ganz unerhässlichen Urteil der westdeutschen Richter beim
Gallischen Landgericht über die Pachtverträge des Oberamtmanns
Götg auf Gut Ginitz Stellung nahm, auch zu den übrigen Gütern
der Stadt Stellung genommen. Es stellte sich dabei heraus, daß die
Pachtverträge mit den übrigen Pächtern ebenfalls nicht viel besser
sind als mit dem Gut Ginitz. Genosse Brömmle wies an einigen
Beispielen nach, daß die Stadt durch die Verpachtung der städtischen
Güter einen ganz ungeheuerlichen Verlust habe, der einige Millionen
betrage. Es war darum auch eine ganz selbstverständliche Forde-
rung, die im Interesse der Allgemeinheit und der Stadt lag, daß
die Güter in die Verwaltung der Stadt überführt würden. Wie
weit entfernt aber die bürgerlichen Geschäftspolitiker sind, dieser
Forderung gerecht zu werden, zeigte der Ausspruch des Kommu-
nistenleiters Müller, der da meinte, daß sie (die Bürgerlichen), so-
lange sie die Mehrheit im Stadtparlament hätten, ihre Pläne auch
zur Durchführung bringen würden. Ihnen ist es also recht, daß die
Stadt durch die langjährigen Pachtverträge Millionenverluste hat;
die Hauptsache ist, daß sich einige aus ihren Reihen ordentlich
bereichern können. Frech, brutal und pöbelhaft treten diese rücksichts-
losen Profitpolitiker die Interessen der Allgemeinheit mit
Füssen und verschlagen die Einnahmequellen der Stadt an das
parteiliche Ausbeutergebüel.

Und so ist klar, daß die Pächter bei den hohen Preisen für alle land-
wirtschaftlichen Erzeugnisse weniger Interesse an einer ordnungs-
mäßigen Bewirtschaftung der Güter haben, als vielmehr an der
Herausverwertung eines möglichst hohen Gewinnes. Dabei gibt
es natürlich keine Rücksichtnahme auf die spätere Ertragsfähigkeit
des Bodens, sondern solange der Boden im Besitz dieser Pächter ist,
muß der Boden hergeben, was er bei der geringsten Anwendung
von Arbeit und Kapital herzugeben vermag. Was nachher daraus
wird, darüber machen sich die kapitalistischen Junker wenig Sorge.

Und so ist denn auch gar kein Wunder, daß selbst die Pachtanfragen,
die zu den Gütern gehören, von der Provinzialregierung nicht
verfolgt werden. Ein solcher Fall wird uns von dem städtischen
Gute in W e sen gemeldet. Dort ist man jetzt dabei, aus dem zum
Gute gehörigen Park Holz zu fällen. Selbst starke Stämme werden
zur eigenen Verwendung umgelegt, so daß der Park bereits jetzt
einen ganz traurigen Anblick bietet. Die Bevölkerung von Weßen
ist über das Vorgehen des Pächters ganz empört. Es ist Sache
der städtischen Körperschaften, diesen ungeheuerlichen Ungehör-
lichkeiten nachschauen und sofortigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die
Pachtanfragen erhalten bleiben und nicht ganz und gar dem Profits-
interesse des Pächters zum Opfer fallen.

Vor einem Angelegenheitsstreit

Die Afa teilt uns mit:
Am 4. Februar gegen 4 Uhr morgens füllte der Schlichtungs-
ausschuß nach vorhergegangenem recht lebhaften Verhandlungen
folgenden Schiedspruch:
Für den Monat Januar werden die Dezembergehälter ein-
schließlich der sozialen Zulage um 10 Prozent erhöht; für den
Monat Februar werden die Februargehälter einschließlich der
sozialen Zulagen um 20 Prozent erhöht. Der Gehalt der weib-
lichen Angestellten beträgt für alle Altersstufen 10 Prozent;
der Gehalt steigt noch höher dem Schiedspruch vom 12. Dezember
1921. Der Gehalt, das eine weibliche Angestellte dieselbe Arbeit
wie ein männlicher Angestellter in der gleichen Gruppe leistet,
ebenso wie der männliche Angestellte bezahlt werden mußte.
Daneben ist der Parteien aufgegeben, in jeder Vereinbarung
über die Märzgehälter zu verhandeln. Sollte bis zum 12. März
keine Einigung erzielt worden sein, so finden am 11. März,
vormittags 10 Uhr, Verhandlungen über die Erhöhung der März-
gehälter vor dem Schlichtungsausschuß statt. Die Parteien
haben bis zum 12. März ihre Stellungnahme im Schlichtungs-
ausschuß einzubringen. Die Erklärung über Annahme dieses
Schiedspruches haben die Parteien bis Mittwoch, den 8. März,
mittags 12 Uhr, dem Schlichtungsausschuß mitzuteilen.

Ueber die Annahme des Schiedspruches wird in den
Betrieben abgemittelt werden. Die Vertrauensleute der Ma-
schinen heute, Sonnabend, den 4. März, abends 6 1/2 Uhr, in dem
kleinen Saale des Restaurants „Drei Könige“, keine Klagen
gegen den Schiedspruch Stellung. Es ist Pflicht eines jeden
Vertrauensmannes, in dieser Angelegenheit zu er-
scheinen.

Mieter, wehrt euch gegen die Ausplünderungen

Von der Ortsgruppe Halle des Deutschen Mieterverbandes wird
uns geschrieben:
Im Hinblick auf die maßlosen Forderungen, mit denen die
herrschenden und unerhässlichen Hauswirte an die der Ver-
eindigung preisgegebenen Mieter betreten, ist heute der Zeit-
punkt gekommen, das endlich die Hallische Mieterhilfe aus ihrem
Dauerschlaf erwacht, sich auf sich selbst bekennt und im tieferen
Mieterwehre eine geschlossene Einzelaktion bildet, um gegen
den hallischen Haus- und Grundbesitzerverein - insofern
aber gegen die leider unerhässlichen Hausbesitzer - den
Kampf aufzunehmen. Im Deutschen Mieterverband, Ortsgruppe
Halle, werden die Wünsche und Forderungen der Haus- und
Grundbesitzer auf das gewissenhafteste geprüft und reinlich ge-
richtet; nach dieser Reinigungsarbeit erfolgt das Zurückdrängen der ge-
rellen Forderung auf ihr wirklich zulässiges Maß.
Deswegen ist es Pflicht eines jeden Mieters, sich diesem
Wehrt nicht auszuliefern! Die Ortsgruppe Halle ist an den Zentral-
verband, E. H. Hammer, angegliedert. Die Geschäftsstelle be-
findet sich Verdenstraße 11. Das Vereinsorgan, die Mieter-
zeitung, erscheint monatlich einmal, sie wird den Mitgliedern frei
ins Haus geliefert.

Die in der Veranmittlung der Haus- und Grundbesitzer am Son-
ntag, dem 26. Februar, geführten Verhandlungen fordern die ge-
samte Mieterhilfe auf tatsächlichen Wehrt drohender und schwerer
Gefahren heraus. Die gesamte Mieterhilfe muß sich gegen die
Pläne der Haus- und Grundbesitzer zusammenschließen und ein-
heitlich auf den Wehrt treten, um die Herausforderungen erfolg-
reich abzuwehren.

Klassenkämpfer als kapitalistische Antreiber. Die kapitalistische
Zeitweise ist zusammengelegt aus lauter Widersprüchen. Jeder
Tag bringt neuen Fortschritt der widerständlichen Produktions-
form, und lange, sehr lange dauert es manchmal, bis den Ar-
beitern klar wird, daß dieses System, wenn die künftige Ent-
wicklung vorwärts getrieben werden soll, durch ein anderes System,



Ulbrecht

ein verdienstvoller Kämpfer in der ersten SPD, und der Geist
des Widerstands in der SPD, die sich in Halle zu einem
altdemokratischen Familienverein von Peters der Wichtigen
Gründen verbandelt hat. Der Zurückbauer.

durch die sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung über-
wunden werden muß. Die kleinbäuerliche kapitalistische Schmar-
roher wäre längst erledigt, würden alle, die sich von ihnen ab-
hängig machen, ihre Klassenlage erkennen würden. Aber die
vielen Millionen mülliger Kapitalisten, die sich das faulenzende
Gehüel drohendes hat, sorgen dafür, daß den Kapitalisten die
hohen Profite geluldet bleiben. Selbst Ausgebettete unter Aus-
beuteten sorgen durch widerliches Antreiben dafür, daß die
kapitalistische Zeitweise immer höher im Gange bleibt. Viele
Arbeitskollegen glauben, wenn sie eine Etage höher gerückt sind,
auch den Kopf höher tragen und ihre Arbeitskollegen im Inter-
esse der Kapitalisten ausbeuten zu müssen. So stellt sich auch der
Oberste 311 die aus Zornstimmung seine jetzige Stellung bei
der Firma Franz Söhne vor, nachdem er durch die Arbeiter selbst,
auf Grund seiner Krankheit, auf diesen Posten gesetzt worden war.
Kürzlich mußte er einem Arbeiter, der die Köchen einzutreten
hatte, zu neben dieser Befestigung auch die Köchler an Ort
und Stelle zu stellen. Trotzdem ihm bekannt ist, daß das Köchen-
feuern eine überaus anstrengende Tätigkeit ist und ein Arbeiter
volkau zu tun hat, wenn er die Arbeit überwäligen will, ver-
langt er, daß noch Nebenarbeit geleistet werden mußte. Das
Interesse um möglichst hohe Profite für das kapitalistische Gehüel
steht diesem Arbeiter mehr am Herzen zu liegen, als die Ge-
sundheit seiner Arbeitskollegen.

• Nebenabschluss der kommunistischen Jugend. Es wird noch-
mals an den am Sonntag, dem 5. März, vormittags 10 Uhr, im
„Volkspar“ in Halle stattfindenden Rednerkurs hingewiesen, auf
dem jede Ortsgruppe des Unterbezirks Halle-Saaltreis vertreten
sein muß.

• Wie stehen sich die Invaliden ihre Rentenzulage? Der
Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands macht
noch einmal auf seine am Sonntagvormittag 10 Uhr im Restauran-
tional des „Volkspar“ stattfindende öffentliche Sozialrentner-
versammlung aufmerksam. Sein Sozialrentner dort die Veram-
mlung verläumen. Der Vorstand des Vereins wird Bericht über die
mit dem Magistrat geführten Verhandlungen erstatten. Aber
seiner Rechte nicht verlustig gehen will, besuche die Verammlung.

• Bundesrat am Grünen Weg. Die Kleinpächter des Aders-
landes am Grünen Weg werden gebeten, sich am Sonntag, dem
5. März, früh 8 Uhr, auf dem Ader einzufinden. Es soll jedem
Kleinpächter seine Parzelle zugewiesen werden.

• Der Verein ehemaliger Kriegergehilfen, Zweigverein Halle,
teilt allen Familien, die Kinder in Kriegerfamilien haben, sol-
tenlose Auskünfte, und zwar bei Herrn in Reichenbach, Waller-
tum 9, und Ernst Wenzel, Wiesenstr. 15.

• „Volkspar“. Heute, Sonnabend, veranstaltet der Radfahrer-
verein „Vorwärts“ im großen Saal seinen Maskenball. Im kleinen
Saal ist Theaterabend des Regieclubs „Freie Bahn“ mit anschließen-
dem Tanz. Morgen im großen Saal Paal des Radfahrervereins
„Sofistik“. Im kleinen Saal Unterhaltungsabend der „Freien
Söhne“. Im Restaurant das übliche Freizeitemp.

• Stadtkassier. Zu der heute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr statt-
findenden Aufführung von „Hänel und Gretel“ gehen für Kinder
auf allen Höhen halbe Preise. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr geht
als Volksoberstellung bei kleinen Preisen das Schauspiel „Rein-
friedrich von Somburg“ in Szene. Sonntag abend 7 1/2 Uhr:
„Mignon“. Montag: Nichtöffentliche Vorstellung. Dienstag: „Im
weißen Höl“. Mittwoch: Nichtöffentliche Vorstellung. Donner-
stag: „Mignon“. Freitag: Nichtöffentliche Vorstellung.

• Freie Volkshöhle (Thalia-Theater). „Macht der Finsternis“,
Spielzeit: A. Montag, den 6. B. Mittwoch, den 8. C. Donner-
stag, den 9. D. Sonnabend, den 11. E. Montag, den 13. F. Mitt-
woch, den 15. März. — Die Eintrittskarten für das 9. und 10. Wert

im Thalia-Theater werden vom 6. bis 15. März in den bekanntsten
Zustellen eingelöst.

• Mignon für die Volkshöhle. Am 11. März wird die Oper
„Mignon“ für die Mitglieder der Freien Volkshöhle im Stadt-
theater gegeben. Der Kartenerwerb beginnt am Montag von 6 bis
8 Uhr in der Geschäftsstelle und wird an den folgenden Tagen von
9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr fortgesetzt.

• Operntentative. Heute abend 7 1/2 Uhr geht die Operette „Der
Traum vom Glück“ von Martin Knopf zum ersten Male über die
Bühne des Operntentheaters. Sonntag, den 5. März, nachmittags
3 Uhr, gelangt „Das Hollandweibchen“ angelegt bei seinen Preisen
zur Aufführung. Abends 7 1/2 Uhr findet eine Wiederholung von
„Der Traum vom Glück“ statt. Der Vorverkauf findet von 11 Uhr
an der ganzen Tag ununterbrochen statt.

• Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abend 7 1/2 Uhr,
das Märchenpiel „Schwanenweiß“ von August Strindberg zur
Aufführung. Eintrittskarten find an der Kasse des Stadttheaters
zu haben.

• Dänisch. Annahmungen zur Jugendweife Blüten bis zum
5. März beim Genossen David Thiem, Regensburger Straße,
entgegenkommen werden.

• Mord-„Mörderau“. Die nächste Parteiveram-
mlung findet am Sonntag, dem 5. März, nachmittags 3 Uhr, im Golt-
hofes an der Stelle. Genosse Richter (Halle) ist anwesend. Seid
rechtzeitig zur Stelle.

• Brauchsig und Umgebung. Eine öffentliche Jugendverammlung findet am Sonntag, dem
5. März, nachmittags 4 Uhr, im Brauchsig statt. Ein junger Ar-
beiter wird über das Thema: Die wirtschaftliche Notlage der Ar-
beiter und Arbeiterinnen, sowie der erkrankten Arbeiterfamilie, in
Wißheit. — Abends 8 Uhr findet im selben Lokal ein proletarischer Eltern-
abend, veranstaltet von der kommunistischen Jugend aus Halle,
statt. Zur Aufführung gelangen Mandolinenspiele, Rezita-
tionen, Vorträge und ein Theaterstück.

• Lebensdorf 5. S. „Steuerrückzug und die Lage der arbeitenden
Bevölkerung“. Ueber diese Frage wird in der am Sonntag,
dem 5. März, nachmittags 3 Uhr, im Goltshof Bergmann Halleschen
den öffentlichen Verammlung gesprochen werden. Referent ist Ge-
nosse Schmidt (Halle). Erscheint zahlreich.

Gewerbegericht Halle

Kollidiebstahl

fürten zwei Ausföher und einen Helfer der Kollifirma Käfner & Co.
und Scheller drei diebische Kaufleute vor die Strafammer. Die
Ausföher haben aus dem Lager der Firma Wöbe beim Leben eine
Kiste Margarine mehr entnommen und dann verkauft. Ebenso
hatte der Begleiter nach der Ablieferung auf dem Hettfelder
Bahnhof eine Kiste entwendet und weiter verkauft. Eine Kiste,
die photographische Bedarfsartikel enthielt, sollte, entlieh: Kognak
und fand in einem der Angeklagten selbst der Kollifirma. Eine
Kiste mit Seife wurde, nachdem sie einige Zeit im Güterwagen
geblieben hatte, ebenfalls an den Mann gebracht. Die drei der
Behörden angeführten Kaufleute wollten natürlich im guten
Glauben gehandelt haben, obgleich sie für eine 30-Pfundige
Margarine 240 bis 250 M., gezahlt haben. Beim Kaufmann K.,
der 700 M. für eine Kiste Seife bezahlt hatte, wurde dieses Geld
gleich wieder herausgeholt. Wegen der Entwendung von sechs
hundert Gemüsekörnern mußte Freizehörung erfolgen, da Leut-
raub vorlag und wegen Mordraub kein Strafantrag gestellt worden
war. Der Ausföher S. erhielt acht Monate, der Arbeiter S.
fünf Monate und der Ausföher B. wurde freigesprochen. Die
Helferinnen Frau H. und Frau G. erhielten je 1050 M., der
Kaufmann K. 2100 M. Geldstrafe.

Eine ideale Arbeitsstätte

ist die Firma G. Casper, Magdeburger Straße 27, gegen die zwei
frühere Beschäftigte klagten. Einer wegen Gehaltsnachzahlung, da
er wegen Krankheit fruchtlos entlassen worden war, und der andere
wegen Herausgabe des eingetragenen Werkzeugs. Der Schlosser
J. hat für die Firma auf Veranlassung des Werkmeisters, da diese
Kochen im Betriebe fehlten, einen Schneideböhler, drei Spitz-
bohrer gekauft und eine Rezipiente mit eingebracht. Als er die
Arbeit verließ, waren diese Bohrer ebenfalls bei der Firma nicht
vorhanden. Auch hier zeigte sich der Arbeitgeber als guter
Vetter der Arbeitgeberinteressen und nicht als Volkstrotzer,
der seine Parteien kennen darf. Er stellte die Behauptung auf,
daß Arbeiter, die Werkzeug mit in die Firma bringen, es auf
eigene Rechnung zu verwenden pflegen. Die Firma wurde zur
Herausgabe oder Erstattung des Wertes des Handwerkszeuges
verurteilt. Die Lohnlage mußte verätzt werden, da der Vertreter
der Firma über diese Angelegenheit nicht orientiert war.

Sport

• 1922. Victoria 1906. (Mittl. u. Verb. u. Sp. S.) Spiele für Sonntag, den 5. März:
Victoria 1 - Borussia 1; u. U. Borussia 1 - U. S. 1; 12 Uhr: Victoria
Jugend - U. S. Jugend; 11 Uhr: Victoria 1 - U. S. 1. Die Spiele haben
auf dem Sandbanger statt.

• 1922. Traube. Am Sonntag, dem 5. März, treffen sich folgende Mannschaften auf
dem Sandbanger, nach, wie gemeldet, auf der Rezipiente, im Brauchsig:
12 Uhr: U. S. Traube 11 - U. S. Traube 11; 3 Uhr: U. S. Traube 1 - U. S. Traube 1

Briefkasten der Redaktion

Fr. Sch. Allen organisierten Arbeiter stellt die Entnahme von
Stücken aus der Allgemeinen Arbeiterbibliothek im Volkspar
frei. Die Ausgabe der Bücher erfolgt jeden Montag, Dienstag,
Donnerstag und Freitag, nachmittags von 17 bis 19 Uhr. —
Ein Auskunftsbureau für Gerichts-, Steuer- und ähnliche Fra-
gen hat die Partei nicht. Dagegen bekommen alle gewerkschaftlich
organisierten Arbeiter unentgeltliche Auskunft im Arbeitersekretariat,
Hatz 42-44, durch den Genossen Grobman. Geöffnet an allen
Wochentagen von 11 bis 1 Uhr; und von 4 bis 6 Uhr. Sonnabends
von 11 bis 1 Uhr.

• Verammlungen sind im reaktionären Zeit: Richard Schetter: für Angewandte
Politik; 2. und 3. Bezirk: Produktiv-Gesellschaft; 4. und 5. Bezirk: Halle
Vertrieb; 6. m. h. p. Verdenstraße 14, 14. Bezirk: Halle-Kleiner.

Schuhputz glänzt im Nu

163

# Aus der Provinz

## Die Jugendweihen im Bezirk

Die in diesem Jahr stattfindenden Jugendweihen werden vom Bezirks-Bildungsausschuss organisiert. Zur Durchführung soll folgendes Programm kommen: 1. Vorpraktik: Ka die Jugend von Karl Henckell; 2. Lied: Der Freiheit Morgenrot; 3. Ansprache; 4. Lied: Die rote Fahne; 5. Ein Sprecher für größere Orte — (für kleinere Orte: Die neue Lehre von Jakob); 6. Lied: Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.

Ortsgruppen, die vom Bezirks-Bildungsausschuss gedruckt Programme mit den Wiedererzählungen auf der Rückseite beziehen wollen, müssen bis spätestens 11. März an diesen folgende Angaben machen: 1. Wann und wo die Veranstaltung stattfindet; 2. Material Programme benötigt werden; gleichfalls müssen die Ortsgruppen angeben: ob ein Gesangsverein mitwirkt, ob ein Redner gebraucht wird und ob Gebensblätter oder Bücher als Geschenk an die Jugend abgegeben werden sollen. Den Wortlaut der Rezitationen erhalten die Ortsgruppen unentgeltlich.

Alle Redner zu diesen Jugendweihen werden vom Bezirks-Bildungsausschuss ermittelt. Ortsgruppen, die diese Bestimmungen nicht einhalten, legen sich der Gefahr aus, keinen Redner zu erhalten.

Briefe und Mitteilungen sind zu richten an die Bezirksleitung der A.P.D. Halle, Lindenfeldstraße 14.

## Drohender Streik bei der Halle-Heitvedter Eisenbahn

Der Deutsche Verkehrsband, Abteilung Kleinbahnen, schreibt uns: Die ungenügende Preisgestaltung aller Staats- und Reichsbahn-Gegenstände zwingt auch den letzten Lohnempfänger einen Ausgleich zwischen Preis und Lohn anzustreben. Ganz besonders notwendig ist diese Forderung bei den Arbeitern der Kleinbahnen. Bis vor wenigen Jahren sind in diesen Betrieben die allergeringsten Löhne gezahlt. In der Nacht ereignet sich eine Verringerung zum Besten im ganz geringen Umfang möglich geworden. Die Betriebe selbst waren durch den Krieg auf den Hund gekommen. Die Leistungsfähigkeit war eingeschränkt durch die Mangel- und Gütertarife, die sich im Rahmen der Staatstaxen zu halten hatten.

In heeren Kampf mit dem Arbeitsverbot der Kleinbahnen ist aber trotz der fröhlichen Kasse einzelner Salinen in freier Vereinbarung eine Regelung der Löhne möglich gewesen.

In neuester Zeit, seitdem die Fahrt- und Gütertarife der Staatsbahn und inselgeschieden auch die der Kleinbahnen fast von Monat zu Monat gemindert in die Höhe gehen, alle die Entnahmen sich steigern müssen wie nie zuvor, ist eine Verhandlung über zeitgemäße Entlohnung nicht möglich.

Der staatliche Schlichtungsausschuss in Halle möchte am 14. Februar die Entscheidung fällen über die Lohnhöhe ab 1. Februar und 16. Februar bis 31. März d. J.

Diesen Schlichtungsausschuss, den Arbeitern 1 bis 2 Mrd. Erhöhung für die Stunde zu gewähren, können die Kleinbahnarbeiter nach einer Woche Arbeitszeit ab und bitten gleichzeitig der Besetzung ihrer e n g l i c h e n Stundenlöhne. Die Arbeiter sollen sich auf diese Weise von den Erhöhungen, die der Schlichtungsausschuss brachte, 20 bis 60 Pf. für die Stunde freilassen lassen. Wollte der Schlichtungsausschuss (welche im nächsten Teuerung zurück, so hat die Ermäßigung der Direktoren die Langsam der Kleinbahnen zum Flaren gebracht.

Wie ein verheirateter, über 24 Jahre alter Arbeiter mit 9,85 M. und Gadearbeiter mit 10,75 M. für die Stunde, abhängig der Steuern und Versicherungsbeiträge, ihr Leben führen sollen in der heutigen Zeit, das interessiert das Berufsamt nicht.

Die Hauptursache für die Arbeiter dieser Gruppe ist, daß möglich ist eine Inflationserhöhung um 75 Prozent einzutreten, wenn dann die Lohnempfänger höhere 10 Prozent erhalten. Das ist so der Anfang zur Demotivierung des Wirtschaftslebens, wie die Arbeiter eine solche erleben. Den Arbeitgebern geht es keinen Deut besser mit ihrem Sprozentigen Gehalt der Reichsregierung. Der gegenwärtige Standesbündel läßt ein Zusammengehen mit den Arbeitern noch nicht zu. Der Hunger hat also keine Wirkung noch nicht getan. Kommt es zum Kampf, dann weiß die Öffentlichkeit, daß nicht etwa das hiesige Streikjahr ist, sondern die große Verantwortlichkeit der Arbeiter für die Krise ihrer Arbeiter. Deutscher Verkehrsband (Abteilung Kleinbahnen).

## Neuer Geist im Merseburger Schloß?

Wenn man die Meldungen verfolgt, die über Veränderungen in unserer Merseburger Bezirksregierung berichten, so könnten naive Gemüter verurteilt sein, zu glauben, daß es dem reaktionären System im Merseburger Schloß an den Krügen geht. Nichts wäre aber richtiger als sich ein solches zu denken, das es handelt sich lediglich um einen ganz kleinen Personalwechsel, nicht um einen Systemwechsel. Zu letzterem fehlen nicht nur Wille und Energie der Staatsregierung, sondern es fehlen vor allem jegliche Voraussetzungen, deren es dazu bedarf, an die in unserem kapitalistischen Staat aber kaum gedacht werden kann. So ist es also nur ein Personalwechsel, über den die „Saale-Zeitung“ wie folgt berichtet: „Der Regierungsrat Bolke, der nur kurzam von Merseburg nach Königsberg versetzt worden ist und dort nordübergehend in der Romanabteilung beschäftigt war, ist nach Düsseldorf versetzt worden. Wie wir weiter aus Berlin erfahren, tritt der Oberregierungsrat Bolke, der königliche Vertreter des Regierungspräsidenten, am 1. März in den Ruhestand. An seine Stelle kommt Oberregierungsrat Gohmann aus Cassel, der bis 1918 Oberbürgermeister in Wülflaumen im Elbaj war.“

In Verbindung damit folgt folgende Antwort des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf eine sogenannte kleine Anfrage des Volksparlamentes Beilich im Landtag: „Es trifft zu, daß die Entlassungen des Landbundes der Provinz Sachsen zu einer Beamtenentlastung für den Bezirk Merseburg ernstlich unter Benutzung von Dienstauftrag veranlaßt sind und daß die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, in Merseburg die Verantwortung für diese Anordnung trägt. Der Kreisfiskusrat des Saalkreises hat nur eine Anweisung seiner vorgelegten Bescheide ausgeführt. Die amtliche Verbindung derartiger Entlassungsbescheide ist ernstlich zu mißbilligen; dem verantwortlichen Beamten gegenüber wird das Erforderliche veranlaßt. Durch Anweisung an die zuständigen Stellen wird Vorkehrung getroffen, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederholen.“

Wir hatten seinerzeit über die Angelegenheit berichtet. Hohe wurde damals nach Königsberg versetzt. Ihm folgt jetzt Bolke, ein Reaktionär schillerter Sorte, nach. Aber wir fragen: „Ist das alles?“ Das Merseburger Schloß ist vollgeprobt mit Reaktionen aller Schattierungen, dem Regierungspräsidenten angehängt bis zu dem unersinnlichen Maßgrade. Es wäre ja Zeit, daß dieser Zeit einmal gehörig ausgeräumt wird, aber daran ist unter den heutigen Umständen noch nicht zu denken. Erst wenn

die Kommunisten im Merseburger Schloß einziehen, liegt dort die Reaktion.

## Nachklänge zum Dithmar-Standal

Auf unsere Artikel über die Frucht des Kriegsverbrechers Dithmar aus dem Naumburger Gefängnis hatte der Herr Oberstaatsanwalt nichts Günstiges zu tun, als in einer sogenannten Verhörsnotiz zu behaupten, daß im Gefängnis alles in bester Ordnung gewesen sei. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, denn W.B. bringt heute folgende Meldung:

Gegen den Vorleser des Gefängnisgefängnisses in Naumburg (Saale), aus dem der Oberstaatsanwalt Dithmar entlassen ist, wurde das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet.

Das Disziplinarverfahren lediglich deshalb eingeleitet worden ist, um den Gefängnisvorleser wieder zu rehabilitieren (wir möchten das fast annehmen) oder ob man ernstlich die Naumburger Verhältnisse untersuchen will, bleibt vorerst abzuwarten.

Zu unserem letzten Artikel „Ein fideles Gefängnis“ haben wir noch eine Zuschrift erhalten, die wir folgendes entnehmen: Von Leipzig aus erhielt Naumburg Orber, wie Dithmar behandelt werden soll, insbesondere in Bezug auf die Freilassung, damit der „Herr Verurteilte“ nicht mit jedem gewöhnlichen Häftling in Verbindung kommt. Eine „Ordnung“ Dithmars kann darüber Auskunft geben, daß D. nachts bei seiner Frau geschlafen und erst morgens zurückgeführt ist. Ebenfalls heißt es, daß kein einziges Paket nachgeschickt worden ist und daß D. Besuche in seiner Zelle empfangen hat, u. a. auch Admiral Kocher. — Man ist auf der Suche nach dem Schuldigen, und wie üblich, findet man auch sehr armen Teufel, aber nicht etwa oben, sondern unten. Wie es heißt, soll in jener Nacht, als der „hohe Herr“ sich aus dem Staube machte, ein Häftling bei dem die Stunde machenden Schlichter bejammert haben, daß er nicht schlafen könne, da in seiner Zelle keine Decke gelegt würde. Der Schlichter soll daraufhin gesagt haben: „Ich was, legen Sie sich ruhig hin und schlafen Sie, dann hören Sie auch nichts.“ Dieser Schlichter soll nun das Opfer werden. Er soll bestraft werden. Wie üblich: die Kleinen hängt man, die Großen laufen frei umher.

Das Disziplinarverfahren gegen den Gefängnisvorleser wird also allem Anschein nach damit enden, daß dieser wieder in Amt und Würden eingesetzt und ein anderer dafür bestraft wird. Der Standal würde dadurch ein nur doch größerer. Aber, warten wir erst einmal ab!

## Eine „eilige“ Sache

Zu unserem am 19. Januar veröffentlichten Artikel „Eine Justiztragödie“ (es betraf die Verhandlung des inhaftierten Gefangenen Anrede im Naumburger Gefängnis) erhalten wir jetzt (1) eine Zuschrift des Generalstaatsanwalts in Naumburg, in der es heißt:

„Es ist unrichtig, daß der Gefängnisarzt den Verband der Wunde des Untersuchungsgefangenen Anrede nicht erneuert hat, obwohl die Wunde angeblich eierte und der Verband beschmutzt gewesen sein sollte. Eine Eiterung der Wunde war überhaupt nicht vorhanden. Die Wunde ist, so oft es nötig war, neu verbunden worden.“

# Zur billigsten Zeit

haben wir uns mit großen Warenmengen eingedeckt! Deshalb können wir heute trotz der allgemeinen Teuerung nach wie vor billig sein. Wir haben rechtzeitig für Sie gesorgt, jetzt

# müssen Sie kaufen!

## Schürzen

- Tändelschürze** 19<sup>75</sup>  
weiß, mit Träger, reich mit Stickereien, Einlag und Knöpf verziert . . . . .
- Hausschürze** 33<sup>00</sup>  
aus le. gestricktem Gingham, extra weit geschnitten, mit Pappe! und Taife . . . . .
- Blusenschürze** 34<sup>50</sup>  
aus besten Gingham mit farb. Pappe! und Taife . . . . .
- Wiener Schürze** 34<sup>00</sup>  
mit Träger aus gebülmten Stoffen, entzündende Wäfer . . . . .
- Dirndlschürze** 14<sup>50</sup>  
für Kinder, aus bunt gebülmten Stoffen 18,50 16,50

## Damentonfektion

- Covercoat-Mantel** 490<sup>00</sup>  
besonders gute Qualität, mit farbigem Kragen und Stepperei, sehr elegant . . . . . 825,00 525,00
- Wollkleid** 275<sup>00</sup>  
reine Wolle, moderne Form, in verschiedenen Farben 450,00 395,00
- Kostümrock** 148<sup>00</sup>  
aus prima Kammgarn-Cheviot, schöne Puffform 325,00 275,00
- Hemdbluse** 79<sup>00</sup>  
in weiß und farbig, feine Sportform, besonders preiswert . . . . . 125,00 99,00

## Strümpfe

- Damenstrumpf** 8<sup>75</sup>  
englisch lang, schwarz, Baumwolle . . . . .
- Damenstrumpf** 16<sup>75</sup>  
englisch lang, schwarz, verärrte Feste und Spitze . . . . .
- Strumpf** 24<sup>75</sup>  
englisch lang, Doppelsöhle, Hochfeste, Gelbfäher, beige, grau . . . . .
- Herrensocke** 7<sup>75</sup>  
grau, frächtige Qualität . . . . .
- Herrensocke** 9<sup>75</sup>  
schwarz und braun, gute Qualität . . . . .

# Brunner & Benjamins

Halle a. S., Große Ulrichstrasse 28-24







